



Das Land will sparen – auch bei der Polizei?

Foto: Holzwarth

Landtagswahl 2011 – Wir fragen die Kandidaten im Wahlkreis Nürtingen (2): Die Innere Sicherheit ist für die Bürger ein wichtiges Thema. Von den Politikern wird sie beschworen, gleichzeitig muss aber auch die Polizei sparen. Auch von Mehrarbeit für Polizisten ist die Rede. Aus der Lebensmittelüberwachung hat sich die Polizei bereits zurückgezogen. Wie wollen Sie angesichts der Sparzwänge dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen gerecht werden?



Thaddäus Kunzmann (CDU)



Walter Bauer (SPD)



Hosam el Miniawy (FDP)



Winfried Kretschmann (Grüne)



Peter Rauscher (Die Linke)

Neben Bayern ist Baden-Württemberg das sicherste Bundesland. Die Kriminalitätsrate liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt; die Aufklärungsquote ist mit 60 Prozent die höchste. Allerdings verspüren wir einen Anstieg bei der Gewaltkriminalität. Konflikte werden zunehmend nicht mehr nur verbal, sondern gewaltsam ausgetragen. Polizeibeamte werden selbst Opfer von Übergriffen.

Die Arbeit unserer Polizei verdient Respekt. Im Sommer des vergangenen Jahres habe ich Polizeibeamte bei ihrer Arbeit begleitet. Deren Arbeitskraft darf nicht überfordert werden. Schon heute leisten die Beamten zahlreiche Überstunden. Zudem belasten die pausenlosen Demonstrationen gegen Stuttgart 21 die Polizeiarbeit.

Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Damit unser Land an der Spitze bleibt, wird bei der Polizei nicht gespart. Wichtig ist die Nachwuchssicherung: Durch vorgezogene Neueinstellungen von Polizeibeamten soll die Altersstruktur der Polizei verbessert werden. Damit entstehen rund 1000 zusätzliche Stellen im Polizeidienst.

Damit die Polizei bei den neuen Herausforderungen zum Beispiel bei der Internetkriminalität oder bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gewappnet ist, braucht sie eine moderne Ausstattung und einen ausreichenden rechtlichen Rahmen. Erfreulich ist, dass der Anteil der Jugendlichen an den Tatverdächtigen stetig sinkt. Dazu hat auch das Verkaufsverbot von Alkohol in der Nacht beigetragen. Viele Städte fordern darüber hinaus die Möglichkeit, auf bestimmten Plätzen ein Alkoholverbot auszusprechen und Plätze per Video zu überwachen. Beide Forderungen finden meine Unterstützung.

Die Sicherheit der Bürger darf nicht durch die finanzielle Lage des Landes bestimmt werden. In Baden-Württemberg geschah das Gegenteil: Bei der Schutz- und Kriminalpolizei wurde innerhalb von etwa 15 Jahren von knapp 25 000 Beamten auf 20 000 gekürzt. Das macht die Gewährleistung von Sicherheit schwierig. Druck und Belastung für die Beamten nehmen zu. Verstärkt wird dies durch vermehrte Großeinsätze oder durch neue Aufgaben. Dass Beamte des Vollzugsdienstes zusätzlich noch mit Verwaltungsaufgaben betraut werden, verschärft die Situation. Das Durchschnittsalter der Vollzugsbeamten liegt inzwischen bei über 42 Jahren. Zwischen 2012 und 2025 geht etwa die Hälfte des Personals in Ruhestand.

All diese Probleme wurden bei meinen Besuchen in den Polizeireviere sehr deutlich. Daher halte ich den bisherigen Streichkurs der schwarz-gelben Landesregierung für falsch.

Diese Politik hat auch Auswirkungen auf die Gemeinden. Bürgermeister im Wahlkreis berichteten mir, dass sich die verkleinerte und stark beanspruchte Polizei nur noch um Kernaufgaben kümmern kann. Die Schließung zahlreicher Polizeiposten führt zu abnehmender Präsenz der Polizei in den Gemeinden.

Ich will mich dafür einsetzen, dass im Bereich der Inneren Sicherheit wieder finanzielle Spielräume geschaffen werden und die Polizei durch mehr Personal entlastet wird. Sicherheit ist eine zentrale Kompetenz des Staates. Diese verantwortungsvollen Aufgaben müssen von Beamten ausgeführt werden. Deshalb: Finger weg von der Privatisierung dieser staatlichen Aufgabe.

Als Liberaler ist mir eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit wichtig. Die Freiheit des Einzelnen kann durch kriminelle Handlungen, aber auch durch staatliche Eingriffe bedroht sein. Terroristische/islamistische Bedrohungen nehme ich ernst und die FDP/DVP-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, die Ausstattung der Behörden und Beamten zu verbessern. Gleichzeitig dürfen wir uns nicht von einem Klima der Angst regieren lassen. Die bestehenden Gesetze sind ausreichend, aber sie müssen auch konsequent umgesetzt werden.

Daher wollen wir unter anderem: Unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe wie präventive Telefonüberwachung, Vorratenspeicherung ohne konkreten Tatverdacht, automatische Kennzeichenerfassung und elektronische Entgeltnachweise (ELENA) verhindern beziehungsweise abschaffen. – Kontenstammdatenabfrage abschaffen, nachdem durch die Einführung der Zinsabschlagsteuer der Grund der Erfassung entfallen ist. – Entnahme von DNA beim Menschen nur zulassen, wenn sie der Verfolgung von Straftaten erheblicher Bedeutung dient. – Präzise rechtliche Rahmenbedingungen für Videoüberwachung durch Private wie etwa in Kaufhäusern oder Tankstellen schaffen. – Keine Rechtsgrundlage im Polizeigesetz für ein generelles Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen schaffen. Sekt vor der Kirche nach der Hochzeit muss auch in Zukunft möglich sein. – Anonymisierte individuelle, einsatzbezogene Kennzeichnung auf Einsatzanzügen der Polizei zum Beispiel bei Großveranstaltungen und Demonstrationen einführen.

Eine föderal organisierte, transparent und effizient arbeitende Polizei ist und bleibt für uns ein entscheidender Garant für Sicherheit und Grundrechtsschutz. Den Trend zur Beschäftigung kommunaler Ordnungsdienste und privater Sicherheitsfirmen, die immer häufiger Polizeiaufgaben übernehmen, wollen wir stoppen und umkehren. Innere Sicherheit darf nicht nach Kassenlage gut oder schlecht sein. Damit die Polizei ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen kann, braucht sie eine angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung.

Wir wollen in Fortführung der Dienstrechtsreform speziell für die Polizei die zweigeteilte Laufbahn einführen, um die bisherige Tätigkeit im mittleren Dienst höher qualifizieren und vergüten zu können. Wir wollen den Stellenabbau im Vollzugs- und Nichtvollzugsbereich stoppen, um dem Schwinden der Polizeipräsenz insbesondere im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Im Gegenzug wollen wir die Führungsbeben bei den Landespolizeibehörden straffen und bündeln. Wir werden überprüfen, wie viele Polizeidirektionen in den Stadt- und Landkreisen für eine effektive Polizeiarbeit notwendig sind. Wir streben durch die Bündelung von Aufgaben Synergieeffekte an, die eine Voraussetzung für eine personelle Aufstockung in der Fläche sind.

Die öffentliche Sicherheit ist ein wichtiges Thema. Der jährliche polizeiliche Kriminalitätsbericht im Nürtinger Gemeinderat zeigt, dass „gefühlte“ Unsicherheit und reale Unsicherheit auseinanderklaffen. Die daraus entstehende Besorgnis nutzen konservative Politiker zum Versuch, eine restriktivere Polizei- und Justizpolitik umzusetzen, um willkürliche Videoüberwachungen auf öffentlichen Plätzen, in Schulen usw. zu installieren und die Überwachung der Bürger zu verstärken.

Um die Sicherheit auch weiterhin zu gewährleisten, brauchen wir personelle Aufstockung nicht nur der Polizei und der kommunalen Ordnungsdienste, sondern des öffentlichen Dienstes allgemein. Die neoliberale Politik der CDU/FDP-Landesregierung hat durch massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst auch die innere Sicherheit gefährdet und Kriminalität kann zu wenig bekämpft werden. So ist Baden-Württemberg unter anderem zu einem Paradies für kriminelle Steuerverweigerer geworden, weil durch mangelnde Kontrolle, bedingt durch Personalknappheit in der Finanzverwaltung, Kontrollen kaum mehr möglich sind.

Lebensrettende Funkverbindungen sind noch nicht in allen Landesteilen verfügbar, diese müssen unverzüglich eingeführt werden. Wir halten es für unabdingbar, dass eine unabhängige Kontrollkommission eingerichtet wird, die vom Landtag beauftragt ist, Straftaten von Polizistinnen und Polizisten aufzuklären.

Unser Bundesland darf zu keinem Überwachungsstaat werden. Die Versammlungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden. Die Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger muss bestehen bleiben.